

"Krankenhäuser in Berlin und Brandenburg – wie flächendeckend ist die Versorgung?"

Berlin, 02.06.2011/APD In einem Podiumsgespräch im adventistischen Krankenhaus „Waldfriede“ in Berlin-Zehlendorf diskutierten am Dienstag, 31. Mai, Vertreter von Politik, Krankenhausträgern und Krankenkassen die Kliniksituation in Berlin und Brandenburg. Nach einhelliger Meinung sei die stationäre medizinische Versorgung sowohl im Flächenland Brandenburg als auch im Ballungszentrum Berlin durchgängig gewährleistet. Für die Zukunft bestehe jedoch Handlungsbedarf.

„Wir befinden uns komplett im grünen Bereich“, hielt Dr. Anke-Britt Möhr, Geschäftsführerin der AOK Nordost, fest. Aus Sicht einer Krankenkasse stelle sich vielmehr die Frage, wie flächendeckend die Versorgung sein müsse. Derzeit kämen in Deutschland auf 10.000 Einwohner 60 Krankenhausbetten, in Skandinavien seien es dagegen nur 20 bis 30 Betten. „Es stellt sich schon die Frage, weshalb wir in Deutschland 60 Betten haben“, gab Möhr zu bedenken. Zusätzliche Krankenhausbetten seien daher nicht notwendig. Zukünftig sei es auch denkbar, dass nicht jeder Landkreis über ein eigenes Krankenhaus verfüge, so Möhr.

Der Berliner Staatssekretär für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz, Professor Dr. Benjamin-Immanuel Hoff (DIE LINKE.), verwies darauf, dass die Krankenhausbetten im Jahr 2008 mit 82 Prozent überdurchschnittlich ausgelastet gewesen seien. Daher habe man sich erstmals seit der Wiedervereinigung, in deren Zuge Krankenhausbetten erheblich abgebaut worden seien, wieder für einen Bettenzuwachs entschieden.

Insbesondere in Psychiatrie und Geriatrie sei die Bettenzahl aufgestockt worden. Berlin verfüge daher eindeutig über eine flächendeckende stationäre Versorgung, während die ambulante Versorgung unterschiedlich ausfiele, erklärte Staatssekretär Hoff.

Professor Dr. Dr. Alfred Holzgreve, Direktor Klinische Forschung und Akademische Lehre des Vivantes Netzwerk für Gesundheit GmbH, verwies auf die schwierige Situation, dass Krankenhäuser ihre Investitionsmittel aus dem Gewinn erwirtschaften müssten. Das solle nach Holzgreve von den Krankenkassen überdacht werden.

Nach Einschätzung von Jörg Grigoleit, Geschäftsführer der Havelland Kliniken GmbH, sei in den ländlichen Regionen Brandenburgs die medizinische Versorgung mit zunehmender Entfernung von Berlin schwieriger aufrecht zu erhalten. Wenn langfristig Landarztpraxen verwaisten, müssten die Krankenhäuser teilweise Aufgaben der ambulanten Versorgung übernehmen. Damit Ärzte in ländlichen Regionen tätig werden, sei es notwendig, ihre Arbeitssituation attraktiver zu gestalten. Zudem sei genauer zu definieren, wann eine medizinische Versorgung gewährleistet sei. „Muss in einem Ort ein Allgemeinmediziner niedergelassen sein, oder reicht ein Landeplatz für einen Rettungshubschrauber?“, verdeutlichte Grigoleit das Spannungsfeld.

Dr. Heinrich-Daniel Rühmkorf (DIE LINKE.), Staatssekretär im Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg, bestätigte die Einschätzung, dass Probleme in der stationären Versorgung am ehesten in der Peripherie bestünden. Daher müsse die Problemlösung auch bei den kleinen Krankenhäusern im ländlichen Raum ansetzen. Sie seien nach den Worten des Staatssekretärs unbedingt zu erhalten, auch wenn die Bevölkerungszahl weiter zurückgehe. Die Existenz der Krankenhäuser im strukturschwachen Raum sei zudem notwendig, damit sich Ärzte in deren Umfeld niederließen. In der Notfallversorgung sei es nach Rühmkorf das Ziel, dass

Patienten 60 bis 90 Minuten nach dem Notruf und inklusive der notfallmedizinischen Erstversorgung in ein adäquates Krankenhaus eingeliefert werden könnten. Dafür sei ein flächendeckendes Krankenhausnetz erforderlich.

Weitgehender Konsens bestand in der Ansicht, dass die bisherige Trennung von ambulanter und stationärer Versorgung überwunden und die beiden Bereiche miteinander verzahnt werden müssten. Da die beiden Sektoren jedoch von verschiedenen Interessenträgern gesteuert würden, sei dies ein herausfordernder Prozess.

Veranstaltet wurde das Podiumsgespräch von dem „Berliner Wirtschaftsgespräche e.V.“. Die überparteiliche Vereinigung hat sich nach eigenen Angaben zum Ziel gesetzt, die Wettbewerbsfähigkeit der Berliner Unternehmen durch Netzwerkbildung zu verbessern und die Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft, gesetzgeberischen Körperschaften, öffentlicher Verwaltung, Wissenschaft und Sozialpartnern zu begleiten. Zu dem Vorstand zählen unter anderem der Präsident des Berliner Abgeordnetenhauses, Walter Momper, der frühere Berliner Finanzsenator Dr. Thilo Sarrazin sowie der Vorstandsvorsitzende der Berliner Volksbank, Dr. Holger Hatje.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!